

Über Widersprüche  
und Irritationen

## Sarkozys Außenpolitik

Alfred Grosser

Gewiss gibt es berechtigte Gründe der Berliner Irritation. Eine zur Schau getragene Arroganz, sei es nur gegenüber der Kritik. Wenn Finanzminister zusammentreffen und der französische Präsident sich ihnen zugesellt, dann müsste er Widerspruch ertragen können und sollte sich nicht auf sein Statut als Staatsoberhaupt berufen. Peer Steinbrück hat das Gegenteil erleben müssen. Der Hang, die Schau zu stehlen, ist nun mehrmals offenbart worden. Wer hat zuerst von einem gekürzten, vereinfachten Europa-Vertrag gesprochen, wenn nicht Angela Merkel? Hat nur die Frau des Präsidenten die Freilassung der bulgarischen Krankenschwestern bewirkt? Bedurfte es einer Mahnung an die deutsche Kanzlerin, um sie zu bewegen, etwas zur Kontrolle der *Hedge-Fonds* zu unternehmen, wo sie doch beim Achter-Gipfel hart, aber vergeblich dafür gekämpft hatte?

Dabei sollte doch nicht übersehen werden, dass der neue französische Präsident mit demselben Widerspruch leben muss wie seine Vorgänger, wenn sich auch der Stil etwas verändert hat: Wie kann die Größe Frankreichs betont werden zugleich mit dem Willen, eine europäische Einheit zu erreichen? Am 15. Mai hat Jacques Chirac nach zwölf Jahren Präsidentschaft seine letzte Ansprache an seine Landsleute gehalten. Er sagte: „Wir sind die Erben einer sehr großen Nation, einer bewunderten und respektierten Nation, die in Europa und in der Welt Gewicht hat [...] Eine Nation, treibende Kraft der europäischen Konstruktion [...]“

Dieser an de Gaulle erinnernde Stil gefällt. Franzosen, die eine große internationale Rolle spielen, bleiben unbekannt. Jean-Claude Trichet steht zwar als Präsident der verfeimten Europa-Bank ständig in den Medien, aber wer spricht von Jean-Marie Guéhenno, der immerhin als stellvertretender UNO-Generalsekretär gewissermaßen Oberbefehlshaber aller militärischen Einsätze der Weltorganisation ist, oder von Jean-Paul Costa, von allen respektierter Präsident des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte? Ist das jedoch in Deutschland anders? Dass es im ehemaligen Jugoslawien nicht noch schlechter geht – daran haben verdientvoll der ehemalige Bundesminister Schwarz-Schilling, der ehemalige Bremer Bürgermeister Hans Koschnick und auch Freimut Duwe mitgewirkt. Wer weiß das in der Bundesrepublik?

### Anspruch auf Weltrolle

Dabei sollte man auf deutscher Seite besser sehen und einsehen, woher man kommt. 1951 bedeutete das Europa der Montan-Union für Frankreich einen Abstieg von der vollen Souveränität zum Supranationalen, für die junge, machtlose Bundesrepublik ein Aufstieg zur Gleichberechtigung. Frankreich suchte wie Großbritannien nach der Antwort auf eine Frage, die sich seit 1045 stellte: „Wie komme ich wieder zu weltweitem Einfluss, wo ich doch weiß, dass ich keine große Weltmacht mehr bin?“ Die britische Antwort – Tony Blair blieb ihr treu – war: „Indem ich eine *special relationship*

mit der echten Weltmacht Amerika bewahre.“ Für Frankreich war es: „Indem ich ein Europa schaffe, innerhalb dessen ich allein eine Weltrolle beanspruche.“ Premierminister Georges Pompidou sagte 1964 bei einer Pressekonferenz: „*La France doit jouer le rôle de l'Europe* (Frankreich soll die Rolle Europas spielen).“ Schon Anfang der Siebzigerjahre veröffentlichte die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* eine Karikatur. Der französische Hahn hatte die fünf anderen Europäer unter seinen Fittichen und sagte auf Französisch: „Moi, moi, moi.“ Der deutsche Text fragte: „Soll Europa wirklich mit einer Stimme sprechen?“ Nicolas Sarkozy hätte auch am liebsten ein Europa, das nach den Wünschen Frankreichs handeln würde. Europa soll den USA, Russland und China gegenüber Weltmacht sein, aber nur wenn Frankreich innerhalb dieses Europas besonders mächtig ist.

### Ungelöste Widersprüche

Deutsche Irritationen? Gewiss, aber warum nicht einsehen, dass Sarkozys Politik sich in wichtigen Punkten der deutschen genähert hat? In der Haltung gegenüber Israel. Die israelische Regierung und der CRIF (Conseil Représentatif des Institutions juives de France, etwa Zentralverband der Juden in Frankreich) finden, dass die französische Politik zur Israel-freundlichkeit übergegangen ist. Sarkozy will die französische Amerikafeindlichkeit beseitigen. Wie die Große Koalition ist er bestrebt, die Beziehungen zu den USA zu „normalisieren“, ohne das Nein zum Irak-Krieg zu widerrufen. Der Besuch des Außenministers Bernard Kouchner in Bagdad, mit seinem naiven Appell an die sich Bekriegenden, sich doch zu versöhnen, war ein Zeichen des guten Willens Washington gegenüber. Dasselbe galt für den Freundschaftsbesuch des französischen Präsidenten bei dem amerikanischen, von diesem herzlich begrüßt zu einer Zeit, wo sogar der neue britische

Premierminister auf Distanz zu ihm ging. Auch konnte er als ein gutes Zeichen betrachten, dass eine amerikanisierte Französin in Paris Wirtschaftsministerin wurde. Von ihr verwendete Formulierungen wie „Man sollte doch aufhören, die Reichen und die Armen gegenüberzustellen“ konnten ihn sicher nicht stören.

Wichtiger ist die Rückkehr Frankreichs zur NATO. De Gaulle war 1966 aus der militärischen Struktur der Organisation ausgetreten. Mit einer Brutalität, die damals kaum beachtet wurde. Auch heute wissen die Studenten der Universität Paris-Dauphine nicht, dass sie in den Räumlichkeiten des ehemaligen NATO-Generalsekretariats unterrichtet werden, das damals einfach beschlagnahmt wurde wie auch alle amerikanischen Stützpunkte in Frankreich. Ein Jahrzehnt später zahlte Präsident Giscard d'Estaing eine kleine globale Entschädigung. De Gaulle ließ Frankreich innerhalb der politischen Struktur, einerseits, weil es galt mitzukontrollieren, andererseits, weil er, im Gegensatz zur deutschen Öffentlichkeit, Politiker inbegriffen, wusste, dass der Vertrag zu keinem militärischen Einsatz verpflichtete. Artikel 5 sagt lediglich, dass im „Bündnisfall“ jedes Mitglied frei entscheidet, mit welchen Mitteln es dem Angegriffenen beistehen wird. Heute sagt der französische Verteidigungsminister, die Einsätze der Europa-Kräfte, der NATO und der UNO seien so verflochten, dass es besser sei, wenn Frankreich klar und offen NATO-Verantwortungen übernehmen könnte.

Damit sind jedoch französische Grundfragen und Widersprüche nicht gelöst. Wie in Deutschland gehört der Militärbudget nicht mehr zu den Prioritäten, während die Auslandseinsätze sich häufen und immer mehr Waffen, Soldaten und Finanzen beanspruchen. Anders als die Bundesrepublik hat Frankreich Atomwaffen, die von der IV. Republik beschlossen, dann von de Gaulle zugleich als

politische und als militärische Mittel verwendet wurden. Politisch waren sie wichtig gegenüber Amerika, vor allem weil sich ja Großbritannien den USA völlig unterworfen hatte (was das Nein de Gaulles zum britischen Beitritt am 14. Januar 1963 weitgehend verursacht hat). Und gegenüber der Bundesrepublik. Lange gab es drei französische Gegengewichte zur deutschen wirtschaftlichen Überlegenheit. Bis 1991 war Frankreich in Berlin einer der vier Mitbesitzer der deutschen Souveränität. Heute noch ist man Atommacht und Deutschland nicht. Auch der von de Gaulle 1945 errungene ständige Sitz im Sicherheitsrat ist erhalten geblieben und hat in der Irak-Krise ein echtes Gewicht verliehen. (Es ist schwer zu sagen, wie der Vorschlag Sarkozys, Deutschland, Japan, Indien und Brasilien zu ständigen Mitgliedern zu machen, einzuschätzen ist: als ernst gemeint oder durch die Gewissheit bedingt, dass die USA dazu Nein sagen werden.)

Militärisch sollte der Wert unter anderem der SNLE (*sous-marins nucléaires lanceurs d'engins*) nicht unterschätzt werden. Bis 1990 war die französische Strategie nicht voll glaubwürdig. Gewiss war die „Abschreckung des Kleinen gegen den Großen“ nicht zu Unrecht auf den Gedanken begründet, die Sowjetunion würde nicht die Zerstörung ihrer Großstädte riskieren, nur um Frankreich zerstören zu können. Aber welcher französische Präsident hätte die Nerven gehabt, ein solches Pokerspiel mit dem Risiko des Untergangs der Nation durchzuhalten? Heute ist die Abschreckung der Kleineren (potenziell auch Iran) nicht ungläubwürdig. Aber die Entscheidung muss national bleiben, was wieder die Frage nach einer europäischen Verteidigung stellt. Schon vor 1990 gab es eine erstaunliche französische Besonderheit. Der Begriff der *incertitude* war doppeldeutig. Für die anderen Europäer (vor allem die sechs, die am 23. Oktober 1954 die absolute Verpflichtung eingegangen

waren, den angegriffenen Verbündeten militärisch zur Hilfe zu eilen) und für die USA ging es lediglich um die Ungewissheit der Eskalation, um die steigende Höhe der verwendeten Waffen. Und diese Ungewissheit war ja die Grundlage der Abschreckung. Für Frankreich bedeutete sie auch die Ungewissheit der französischen Solidarität. Die britischen Truppen standen einsatzbereit in der Bundesrepublik. Die französischen in zweiter Linie, denn es sollte zunächst politisch entschieden werden, ob die nationalen Interessen wirklich gefährdet waren – und diese Ungewissheit wäre ein wichtiges Element der Abschreckung. Die sowjetischen Marschälle, bereits im Kampf mit den USA, Deutschland, Großbritannien, würden vor der französischen Drohung zurückschrecken! Noch heute fühlt sich Polen des amerikanischen Schutzes sicherer als des französischen. Aber die militärische Spannung mit Russland ist nun Nebensache, verglichen mit den verschiedenen Aspekten der Einsätze im ehemaligen Jugoslawien und auf anderen Kontinenten. Wobei eines für Frankreich an Wichtigkeit kaum verloren hat, nämlich Afrika.

### Misserfolg in Afrika

Bei Weitem die meisten militärischen Interventionen Frankreichs haben während der letzten Jahrzehnte in ehemaligen französischen Ländern Afrikas stattgefunden, und dort sind auch heute noch die meisten französischen Soldaten stationiert. Nun hatte Nicolas Sarkozy angekündigt, es würde eine neue, schöpferische Afrika-Politik geben, mit Unterstützung für die Staaten, die die Menschenrechte achten. Aber seine Afrika-Reise im August wurde zum doppelten Misserfolg. Ausnahmsweise hatte ihm sein offizieller Redenschreiber Henri Guaino (der auch als solcher auftreten und in der Öffentlichkeit sprechen darf) einen kontraproduktiven Text vorgelegt. Sarkozy sagte zu Recht, dass die Afrikaner für ihre

andauernde Armut mitverantwortlich seien, aber er sprach auch von dem „afrikanischen Menschen“ schlechthin, der nie auf die Zukunft zueilt und der dem Fortschrittsgedanken keinen Platz einräumt! Daraufhin flog er nicht in eine demokratische Hauptstadt, sondern zu dem korrupten Omar Bongo, der seit 1967 Staatschef des Gabun ist und viel weiß über die Finanzierung der französischen Parteien.

Oberst Gaddafi ist auch kein bekannter Demokrat. Dass er Terroranschläge zumindest unterstützt hat, ist sicher. Und trotzdem ist er wieder hoffähig geworden. Es ist ungewiss, inwieweit die verschiedenen Abkommen mit Frankreich den Preis für die Befreiung der Krankenschwestern darstellten oder diese Befreiung die Unterschriften ermöglicht hat. Jedenfalls sollen dem ehemals mit dem Bann Belegten nicht nur Waffen geliefert werden, die er sonst woanders kaufen würde, sondern auch ein Atomkraftwerk, das natürlich nur friedlichen Zwecken dienen werde. Nicht nur hier stellt sich die Frage, inwieweit Bernard Kouchner, für den Außenpolitik vor allem Einsatz für Menschenrechte bedeutete, seinen Ministerposten behalten kann, ohne sich selbst zu verleugnen. Das ist nicht der Fall für Libanon, wo Frankreich wirklich eine Mittlerrolle spielen kann und spielt, seitdem die Rache für den Mord an Chiracs Freund Hariri nicht mehr das Hauptanliegen ist. Wobei die neue französische Regierung ebenso wie die vorige bereit ist, zusammen mit den anderen Europäern den Libanon wiederaufzubauen, ohne die Frage aufzuwerfen, wer eigentlich zerstört hat. Erstaunlicher ist, dass nun im September Bernard Kouchner noch stärker als der Präsident einen Krieg gegen den Iran zugleich erregt und gelassen ins Auge fasst. Sollte der Iran Atomwaffen besitzen, so wäre eine Bombardierung kaum zu vermeiden. Hier besteht eine Art Höhepunkt der Annäherung an

das Amerika von George Bush und an Israel. Zugleich jedoch bleibt es bei einem, wenn auch gedämpfteren, Nein zum vollen Beitritt der Türkei, gegen den Wunsch der USA und ziemlich auf der Linie, die Angela Merkel vor den Wahlen verfochten hatte.

## Französische Finanzpolitik

Handelt es sich bei alledem nicht eher um Spekulationen, während die harte Wirklichkeit bei der Wirtschaft zu finden ist? Hier liegt ja auch der größte Widerspruch von Nicolas Sarkozy. Er strebt eine gemeinsame europäische Wirtschaftspolitik an, und er treibt innerhalb Frankreichs eine Finanzpolitik, die genau das Gegenteil von dem darstellt, was die anderen Mitglieder der EU anstreben und was die Große Koalition mutig verwirklicht, nämlich die Benutzung zusätzlicher Ressourcen für den Abbau der Schuldenlast. Die deutsche Erhöhung der Mehrwertsteuer hat dazu gedient. In Frankreich haben die Steuerentlastungen das Schuldenloch noch vertieft. Begünstigt wurden die Reichen: Sie würden ja das zusätzliche Geld in den Konsum stecken, was keineswegs bewiesen ist. Ganz im Gegenteil hat Mitte September ein unbarmherziger Bericht des Obersten Rechnungshofes gezeigt, dass die Steuerfreiheit für die *stock-options* und für oft enorme Ruhestandsgelder der Mächtigsten dem Staatshaushalt und den Sozialkassen jährlich bis zu fünfzehn Milliarden Euro vorenthält. Da die geplante Wachstumsrate von 2,5 Prozent nicht eingehalten werden kann, stehen düstere Zeiten bevor. Der Präsident will sie beschwören, indem er die Europäische Zentralbank und Jean-Claude Juncker angreift. Der starke Euro sei schuld am ständig wachsenden französischen Handelsdefizit. Aber erstens macht diese Stärke die Erhöhung der in Dollar formulierten Ölpreise tragbar, zweitens vollzieht Frankreich wie auch Deutschland den Großteil seines Außenhandels

innerhalb der EU. Die Schwäche Frankreichs liegt bei der mittelständischen industriellen Produktion. Wachstum durch Konsum bei dieser Schwäche bedeutet Ansteigen des Imports. Was in diesen Punkten in und von Berlin gesagt wird, ist richtig. Aber dabei sollten mindestens zwei französische Fragen in Betracht gezogen und beantwortet werden.

Auch in Deutschland sagt man, die Europäer sollten eine gemeinsame Energiepolitik anstreben. Das Erdgasabkommen zwischen den Freunden Schröder und Putin lag nicht ganz auf dieser Linie. Ist nicht Sarkozys Drängen zur Atomenergie berechtigt? Er mischt sich dabei nicht mehr in innere Angelegenheiten der Bundesrepublik ein als diese in die Haushaltspolitik Frankreichs. Dass die Atomfrage einen Sprengkörper für die Große Koalition bedeutet, ist nicht so sehr die Angelegenheit des französischen Partners. Dazu kommt das Problem der Industriepolitik schlechthin. Gewiss will Sarkozy beinahe so oft und stark wie Jacques Chirac seinen Getreuen schöne Pfründe verschaffen, was nicht notwendigerweise im Interesse der staatlich besessenen oder kontrollierten Betriebe liegt. Und Frankreich leidet immer noch an einer Überbetonung des Staates als Wirtschaftsmacht. Aber in Deutschland verneint man allzu gern die Notwendigkeit der staatlichen Orientierung. In Ludwig Erhards Wirtschaftsministerium gab es eine Abteilung Planung. Und wenn sich Edmund Stoiber zu Recht rühmt, aus Bayern ein Land der hohen Technologie und der niedrigen Arbeitslosigkeit gemacht zu haben, so sollte

er auch sagen, dass seine Politik den politischen Willen in die wirtschaftliche Entwicklung eingeführt hat. Die gemeinsame Währung macht wirklich erst Sinn, wenn eine mehrheitsbestimmte gemeinsame Haushalts- (Blick nach Frankreich) und Industriepolitik (Blick nach Deutschland) betrieben wird.

Dazu bräuchte man in beiden Ländern ein besseres Verstehen von dem, was die EU schon ist und noch werden kann. Seitdem Premierminister Michel Rocard 1988 alle Verwaltungen anhielt, die Umsetzung der europäischen Richtlinien in französisches Recht als höchste Priorität zu betrachten, hat keine Regierung mehr Europa zum Hauptziel ihrer Arbeit zu machen. Zugleich aber sind die beiden höchsten französischen Gerichte, der *Cour de cassation* (Oberster Gerichtshof) seit 1975 und das *Conseil d'Etat* (unter anderem Oberstes Verwaltungsgericht) seit 1989, ständige Beschützer und Verfechter der europäischen Regeln, während in Deutschland das Bundesverfassungsgericht zumindest europaskeptisch ist – und die Ratifizierung des Verfassungsvertrages verschoben, das heißt verhindert hat. Das Halbjahr der deutschen Präsidentschaft hat viel zum Europaverständnis beigetragen. Nicolas Sarkozy hat seit seinem Amtsantritt wenig in diesem Sinn getan und durch ständige Kritik der Institutionen die französische Europaskepsis noch verstärkt. Man mag hier die negativste Entwicklung der französischen Außenpolitik während der jüngsten Monate sehen.

*Paris, den 18. September 2007*